

Den Redeeinstieg machte Herr Gleß, in dem er erklärte, dass es die gleiche Planung sei, die schon einmal vorgestellt wurde. Zuletzt sollte geprüft werden, ob die Trasse verbreitert werden könnte. Als Ergebnis kann man festhalten, dass die Verwaltung die Verbreiterung nicht guten Gewissens empfehlen kann. Würde die Trasse linker Hand in Richtung Flugplatz auf der Richthofenstraße verbreitert, müsste das Sicherheitskonzept der Bundespolizei geändert, der Zaun versetzt und die dort hinter stehenden Bäume gefällt werden. Rechter Hand befindet sich direkt hinter dem Zaun eine Landschaft mit Sandmagerrasen und Vegetation, die von hoher ökologischer Bedeutung ist. Aus den genannten Gründen und zahlreichen Gesprächen mit der unteren Landschaftsbehörde und der BIMA, kann die Verwaltung die Trassenverbreiterung nicht empfehlen.

Herr Metz (Bündnis90/Die Grünen) bedankte sich zunächst für das Prüfen der Trassenverbreiterung. Er begrüßte, dass die Planung durch zwei zusätzliche geschwindigkeitsdämpfende Elemente ergänzt wurde. Langfristig hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Hoffnung, dass die Trasse mit Umbau des Geländes der Bundespolizei verbreitert werden kann.

Auch Herr Schell (CDU-Fraktion) bedankte sich bei der Verwaltung. Vor dem Hintergrund des Genannten würde die CDU-Fraktion der Planung zustimmen. Als Frage stellte er, ob es einen Einfluss auf die Straße und geschwindigkeitsdämpfende Elemente gibt, wenn die Bundespolizei umbaut und viele LKW die Straße nutzen würden. Des Weiteren erkundigte er sich, ob im Fall von Schäden durch den Baustellenverkehr vertraglich mit der BIMA geregelt ist, dass die BIMA die Kosten zu tragen hat. Zuletzt bat er die Verwaltung in Kontakt mit der BIMA zu bleiben, um frühzeitig zu erfahren, ob eine Möglichkeit der Verbreiterung der Richthofenstraße entsteht und ob die Bundespolizei plant, eine Straßenverbindung von der Bundesgrenzschutzstraße zur Alten Wache zu bauen.

Herr Bäsch (SPD-Fraktion) sprach seinen Dank ebenfalls an die Verwaltung aus. Derzeit sei die Internetverbindung zum Flugplatz mangelhaft, daher die Frage, ob die Verwaltung Kenntnis davon habe, ob Versorgungsleitungen für schnelleres Internet verlegt werden sollen oder ob man zumindest für die Möglichkeit des Verlegens Leerrohre in die Straße legt.

Der Pflasterbelag, welcher für die Gehwege genutzt werden soll, hat eine starke Fase, daher sei er nicht gut für kleinrädige Fahrzeuge wie Rollatoren geeignet. Aus diesem Grund bat er die Verwaltung im Sinne der Barrierefreiheit über Alternativbeläge, die keine oder nur minimale Fase haben, nachzudenken.

Herr Köhler (Aufbruch!) beschäftigte, in wie fern die Trassenverbreiterung ausschließlich in der Kurve für die Segelflugzeug Transporte geschaffen werden würde.

Zu diesem Punkt konnte Herr Gleß ihm mitteilen, dass die Verbreiterung nicht für Spezialfahrzeuge geschaffen würde, da man sonst bspw. keinerlei Schwellen in die Straße einbauen würde.

Ausgesucht wurde ein Belag, der die Barrierefreiheit weitestgehend erreicht, aber auch allen anderen Anforderungen entspricht.

Die Flugplatzgesellschaft steht derzeit mit der Telekom in Kontakt, aber auch die Verwaltung hat einen Termin mit den Versorgungsträgern, um über die Versorgung zu sprechen.

Zum Thema Baustellenverkehr konnte Herr Gleß sagen, dass über mögliche Folgeschäden schon mit der Blma gesprochen wurde und dass es nicht im Interesse der Stadt steht, eine Straße in die Baulast zu übernehmen, die unmittelbar danach aufgrund des Baustellenverkehrs erneut ausgebaut werden müsste.

Herr Bäsch (SPD-Fraktion) fragte noch einmal zu einem alternativen Pflaster für die Gehwege nach.

Daraufhin konnte Herr Kallenbach antworten, dass ein Pflaster ausgesucht wurde, welches ein mögliches Befahren des Gehwegs in Ausnahmefällen des Begegnungsverkehrs zwischen LKW aushält. Bei einer Null- oder Mikrofase würde das Pflaster durch Schwerlastfahrzeuge beschädigt werden. Auch eine starke Fase ist befahrbar, jedoch würde diese mit den kleinen Rädern nicht sehr komfortabel zu befahren sein. Es gibt aus Sicht der Verwaltung keine adäquate andere Lösung, ein Pflaster zu verbauen, welches auch von einem LKW befahrbar ist.

Herr Gleß versprach trotzdem, erneut zu prüfen, ob es Alternativen geben könnte.

Herr Schell (CDU-Fraktion) konnte nur betonen, dass alles besser sei, als der jetzige Zustand. Da in der Vorlage angekreuzt wurde, dass inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden, geht er davon aus, dass Rücksprache mit der Inklusionsbeauftragten auch über das Pflaster gehalten wurde.

Erneut sprach Herr Metz (Bündnis90/Die Grünen) davon, dass bei einem möglichen Umbau und Umsetzen des Zauns der Bundespolizei, der Fuß- und Radweg dann verbreitert werden könnte.

Auch Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) gab zu bedenken, dass es eine Beeinträchtigung ist, über eine so lange Strecke mit einem Rollator über eine starke Fase fahren zu müssen. Sie fragte nach der Möglichkeit mit zwei verschiedenen Materialien zu arbeiten, um einerseits Komfort zu haben und auf der anderen Seite den Schwerlastverkehr zu ermöglichen.

Herr Bäsch (SPD-Fraktion) bedankte sich für das erneute Prüfangebot für die Gehwegoberfläche und bat bei diesem, einen Asphaltbelag zu berücksichtigen.

Die Möglichkeit zwei verschiedene Materialien zu nutzen, würde geprüft werden, konnte Herr Kallenbach versprechen. Er sprach sich gegen einen Asphalt aus, da dieser mit Belastung befahren werden muss, um nicht zu reißen.

Nach der Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: